

ANTRÄGE

A. Änderungsanträge zum Leitantrag

Vorwort (Zeilen 1 bis 15)

Antrag A1	Antragsteller: Junge Union Kreisverband Mannheim
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen: Füge ein in Zeile 5 nach „Wänden.“: „Von Sandhofen nach Rheinau; Neckarstadt-West nach Wallstadt.“	
Begründung: Wir möchten durch die Nennung des jeweils nördlichsten, südlichsten, östlichsten und westlichsten Stadtbezirks symbolisch die Vielfältigkeit unserer Stadt unterstreichen.	
Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung

Antrag A2	Antragsteller: Junge Union Kreisverband Mannheim
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen: Ersetze in den Zeilen 12 und 14: „wollen“ durch „ werden “.	
Begründung: Ggf. mündlich	
Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung

1. Energie für Mannheim: Sicher – Nachhaltig – Bezahlbar (Zeilen 16 bis 109)

Antrag A3	Antragsteller: Volker P. Kögel
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen: Nach Zeile 24: Fusion aller Stadtwerke in der Metropolregion	
Begründung: So könnte man viel Geld und Personal sparen. Günstiger einkaufen. Die Gewinne werden nach Größe der ursprünglichen Stadtwerke auf Gesellschafter und Kunden aufgeteilt. Vorteile für alle Beteiligten.	
Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung

Antrag A4	Antragsteller: Junge Union Kreisverband Mannheim
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen: Ersetze ab Zeile 45: „für Energieverbraucherinnen und -verbraucher mehr Anlaufstellen für Energieeinsparberatung zu geben,“ durch „für Energieverbraucherinnen und -verbraucher mehr kostenlose Anlaufstellen bei der Klimaschutzagentur für Energieeinsparberatung zu geben,“	
Begründung: Ggf. mündlich	
Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung

Antrag A5	Antragsteller: Junge Union Kreisverband Mannheim
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen: Ergänze ab Zeile 47: <ul style="list-style-type: none"> • auf die vorhandenen Anlaufstellen aufmerksam zu machen, • das digitale Beratungsangebot zu verstärken und auszubauen, 	
Begründung: Ggf. mündlich	
Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung

Antrag A6	Antragsteller: Volker P. Kögel
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen: In Zeile 87 statt geringem, sinnvollen Eingriff.	
Begründung: Geringem Eingriff ist schwer definierbar.	
Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung

Antrag A7	Antragsteller: Junge Union Kreisverband Mannheim
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen: Ersetze ab Zeile 92: „Kein Argument für Windkraft ist industrielle Vorbelastung mancher Wohngebiete.“ durch „Die industrielle Vorbelastung mancher Wohngebiete darf kein Argument für weitere Windkraftanlagen sein.“	
Begründung: Sprachliche Umformulierung zur besseren Verständlichkeit.	
Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung

2. Wohnraum für Mannheim: Faires Wohnen für alle (Zeilen 110 bis 220)

Antrag A8	Antragsteller: Junge Union Kreisverband Mannheim
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen: Ersetze ab Zeile 121: „Dort, wo Mietwucher betrieben wird, hält der Bundesgesetzgeber mit Mietendeckel ein Instrumentarium bereit, um dem entgegenzuwirken.“ durch „Neben dem Neubau von Mehrfamilienhäusern benötigen wir deshalb auch eine Neubauoffensive von Einfamilienhäusern.“	
Begründung: Einerseits möchten wir durch die explizite Nennung von Mehrfamilienhäusern und Einfamilienhäusern betonen, dass wir uns für beide Formen des Wohnens – und damit eine individuelle Freiheit – einsetzen. Andererseits lehnen wir den Mietendeckel – und damit seine Benennung als Werkzeug zur Bekämpfung hoher Mieten – aus politischen Gründen entschieden ab.	
Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung

Antrag A9	Antragsteller: Volker P. Kögel
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen: Nach Zeile 127: Um die teuren Grundstückskosten zu umgehen, sollte die Stadt eigene u. von ihr erworbene Grundstücke in Erbpacht, mit möglichem späteren Erwerb, anbieten.	
Begründung: s.o.	
Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung

Antrag A10	Antragsteller: Junge Union Kreisverband Mannheim
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen: Streiche die Zeilen 128 bis 140.	
Begründung: Hinter einem Eigenheim steht auch oft das Streben nach Individualität und der Wunsch nach Verwirklichung eigener Ideen. Ziel sollte es sein, die bürokratischen Auflagen und Hürden grundsätzlich zu minimieren, statt sie durch ein städtisches Musterhaus zu verringern. Zudem stehen potenziellen Hauseigentümern, welche die Vorplanungskosten scheuen oder gering halten möchten, zahlreiche Fertighausanbieter auf dem freien Markt zur Verfügung. Erdaushub kann bereits heute über private Börsen veräußert werden. Wir sehen keinen Handlungsbedarf seitens der Stadt Mannheim, welcher zusätzliche Ressourcen binden würde.	
Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung

Antrag A11		Antragsteller: Junge Union Kreisverband Mannheim	
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen:			
Ersetze in Zeile 141:			
„Zudem sollte die Stadt den Bau mit Holz finanziell fördern, denn Holz bindet CO ² .“ durch „Neben der Einführung einer Grundstückstrategie durch die Stadt Mannheim setzt sich die CDU Mannheim auch für die Förderung alternativer Baustoffe ein. Nicht nur Holz, auch Bambus, Lehm, Stroh und viele weitere alternative Baustoffe stellen eine klimafreundliche Alternative zum üblicherweise verwendeten Beton dar.“			
Begründung:			
Die Verwendung alternativer Baustoffe unterstützen wir ausdrücklich. Durch die Nennung weiterer alternativer Baustoffe möchten wir dies unterstreichen und auf die Alternativen aufmerksam machen, welche über den Rohstoff Holz hinausgehen.			
Empfehlung der Antragskommission:		<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung	

Antrag A12		Antragsteller: Junge Union Kreisverband Mannheim	
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen:			
Streiche die Zeilen 142 bis 147.			
Begründung: Ggf. mündlich			
Empfehlung der Antragskommission:		<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung	

Antrag A13		Antragsteller: Junge Union Kreisverband Mannheim	
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen:			
Streiche in den Zeilen 146, 155, 187 und 205:			
„sofern rechtlich möglich“ sowie die sinngemäßen Abwandlungen.			
Begründung:			
Konkrete Vorhaben im Gemeinderat werden einer rechtlichen Prüfung unterzogen. Eine explizite Benennung dieser Prüfung bereits im Vorfeld sehen wir demnach als nicht notwendig an.			
Empfehlung der Antragskommission:		<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung	

Antrag A14		Antragsteller: Junge Union Kreisverband Mannheim	
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen:			
Ersetze ab Zeile 153:			
„Die Stadt Mannheim soll hier einen zusätzlichen Anreiz schaffen: Sie soll Unternehmen, die Werkwohnungen bauen lassen, eine Bevorzugung bei der Genehmigung von Gewerbefläche versprechen, soweit dies rechtlich möglich ist.“ durch „Die Stadt Mannheim unterstützt Unternehmen, welche Werkwohnungen bauen lassen, in ihrem Vorhaben finanziell und beratend.“			
Begründung:			
Ggf. mündlich			
Empfehlung der Antragskommission:		<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung	

Antrag A15		Antragsteller: Junge Union Kreisverband Mannheim	
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen:			
Streiche in Zeile 156:			
„wie beispielsweise die MVV“			
Begründung: Ggf. mündlich			
Empfehlung der Antragskommission:		<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung	

Antrag A16		Antragsteller: Junge Union Kreisverband Mannheim	
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen:			
Streiche ab Zeile 160:			
„Die Bauaufsicht muss hier ein besonderes Auge auf die Werkwohnungen haben. Dafür muss die Bauaufsicht mit ausreichend Personal ausgestattet werden. Hier darf nicht gespart werden.“			
Begründung: Ggf. mündlich			
Empfehlung der Antragskommission:		<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung	

Antrag A17	Antragsteller: Junge Union Kreisverband Mannheim
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen: Ersetze und Ergänze ab Zeile 167:	
Der Mannheimer Mietspiegel geht nicht mehr von zeitgemäßen Kriterien aus: Der Mietspiegel verhindert die energetische Sanierung eher, als diese zu fördern. Beispielsweise rechtfertigen sich nach dem aktuellen Mietspiegel Mietzuschläge durch energetische Vollsanierungen nur, wenn sie seit 2010, also frühestens vor 12 Jahren erfolgten. Der Einbau einer Standardküchenausstattung sorgt allerdings noch nach 20 Jahren für eine Erhöhung der Vergleichsmiete. Wir müssen durch die Überarbeitung des Mietspiegels richtige Anreize schaffen, um auch für den Mieter attraktiveren Wohnraum bereitzustellen und die Nebenkosten auf moderatem Niveau zu halten. Daher schlagen wir vor, den Mannheimer Mietspiegel zu überarbeiten und ihn an zeitgemäße Kriterien anzupassen.	
Begründung: Ggf. mündlich	
Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung

Antrag A18	Antragsteller: Junge Union Kreisverband Mannheim
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen: Streiche die Klammern um „verbindlich“ in den Zeilen 186 und 204.	
Begründung: Ggf. mündlich	
Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung

Antrag A19	Antragsteller: Junge Union Kreisverband Mannheim
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen: Ersetze in Zeile 188:	
„Auch wenn Hauseigentümer noch jünger sind, können sie Wohnraum schaffen,“ durch „Alle Hauseigentümer können Wohnraum schaffen,“	
Begründung: Eine explizite Nennung junger Hauseigentümer im Zusammenhang mit dem Dachgeschossausbau erschließt sich uns nicht.	
Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung

Antrag A20	Antragsteller: Junge Union Kreisverband Mannheim
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen: Ersetze ab Zeile 189: „Das bedeutet für Hauseigentümer oft eine ganze Fülle von Auflagen, wie beispielsweise zum Brandschutz. Diese Normdichte muss zügig abgebaut werden. Die Verwaltung muss Dachgeschossausbauprogramme auflegen und eine Beratungsstelle für Bauwillige schaffen.“ durch „Das bedeutet für Hauseigentümer oft eine ganze Fülle von Auflagen. Die Stadt Mannheim soll sich dafür einsetzen, dass die Normdichte sinnvoll reduziert wird.“	
Begründung: Die hohe Normdichte ist zweifelsfrei eine große Hürde für Hauseigentümer. Konkret die Brandschutzauflagen als negatives Beispiel zu nennen, halten wir für fragwürdig. Stattdessen sollte die Stadt Mannheim die Normdichte grundsätzlich und einzeln auf Sinnhaftigkeit überprüfen.	
Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung

Antrag A21	Antragsteller: Junge Union Kreisverband Mannheim
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen: Streiche in Zeile 195: „Innenstadt-“	
Begründung: Ggf. mündlich	
Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung

Antrag A22	Antragsteller: Junge Union Kreisverband Mannheim
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen: Ersetze in den Zeilen 201 und 205: „Drei- bis Vier-Zimmerwohnungen“ durch „familienfreundliche(n) Mehrzimmerwohnungen“	
Begründung: Eine Beschränkung auf maximal Vier-Zimmerwohnungen sehen wir mit Blick auf kinderreiche Familien kritisch.	
Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung

Antrag A23	Antragsteller: Volker P. Kögel
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen: Zeile 211 Statt Freibäder Schwimmbäder	
Begründung: Hallenbäder sollten mit abgedeckt sein!	
Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung

Antrag A24	Antragsteller: Junge Union Kreisverband Mannheim
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen: Ersetze in Zeile 212: c) Konkrete Handlungswünsche durch c) Konkrete Handlungsforderungen	
Begründung: Durch die Abänderung der Überschrift möchten wir betonen, dass wir entschlossen die Umsetzung unserer Thesen fordern und für die Umsetzung dieser kämpfen.	
Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung

Antrag A25	Antragsteller: Volker P. Kögel
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen: Nach Zeile 220 : Ferner muß im Krisenfall die Bevölkerung die keine eigene Möglichkeit (z.B.Kellerraum) hat durch ausgewiesene Schutzräume geschützt werden.	
Begründung: s.o.	
Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung

Antrag A26	Antragsteller: Sabine Brenner
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen:	
Ergänze ab Zeile 221	
Thema Gentrifizierung, Beispiel: Jungbusch/Neckarstadt West.	
Die Gentrifizierung findet in einigen Mannheimer Stadtteilen statt. Dies wird überwiegend als negative Entwicklung dargestellt (Linke)(Grüne) Die positiven Seiten der Gentrifizierung sind vielfältig. Gentrifizierung ist ein ganz normaler Prozess, und hat auch viele Vorteile:	
Die Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen retten oft heruntergekommene Gebäude vor dem Verfall. Neue Bewohner, Geschäfte und Investitionen sorgen für eine bessere soziale Mischung in diesen (oftmals) Problemvierteln. Dies kann die Wirtschaft ankurbeln und somit die Steuereinnahmen der Stadt erhöhen.	
Auch nimmt im Zuge der Gentrifizierung die Kriminalität ab.	
Es muss eine behutsame Stadtentwicklung angestrebt werden, ohne Verdrängung der Bewohner. Trotz Gentrifizierung muss Wohnraum bezahlbar bleiben.	
Begründung: Gentrifizierung muss man als Chance einer vernünftigen Stadtentwicklung nutzen.	
Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung

3. Mobilität für Mannheim: Der Verkehr muss fließen (Zeilen 221 bis 312)

Antrag A27	Antragsteller: Sabine Brenner
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen:	
Ergänze ab Zeile 221	
Thema Gentrifizierung, Beispiel: Jungbusch/Neckarstadt West.	
Die Gentrifizierung findet in einigen Mannheimer Stadtteilen statt. Dies wird überwiegend als negative Entwicklung dargestellt (Linke)(Grüne) Die positiven Seiten der Gentrifizierung sind vielfältig. Gentrifizierung ist ein ganz normaler Prozess, und hat auch viele Vorteile:	
Die Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen retten oft heruntergekommene Gebäude vor dem Verfall. Neue Bewohner, Geschäfte und Investitionen sorgen für eine bessere soziale Mischung in diesen (oftmals) Problemvierteln. Dies kann die Wirtschaft ankurbeln und somit die Steuereinnahmen der Stadt erhöhen.	
Auch nimmt im Zuge der Gentrifizierung die Kriminalität ab.	
Es muss eine behutsame Stadtentwicklung angestrebt werden, ohne Verdrängung der Bewohner. Trotz Gentrifizierung muss Wohnraum bezahlbar bleiben.	
Begründung: Gentrifizierung muss man als Chance einer vernünftigen Stadtentwicklung nutzen.	
Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung

Antrag A28		Antragsteller: Junge Union Kreisverband Mannheim	
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen:			
Streiche ab Zeile 296:			
„Für den Einzelhandel ist ein gut funktionierender Lieferverkehr existentiell. Verkehrs- und Umweltbelastungen müssen jedoch minimiert werden. Anlieferzeiten sind zu begrenzen und zu überwachen. Lieferfahrzeuge sollen weitgehend abgasfrei bzw. elektrisch betrieben werden.“			
Begründung: Ggf. mündlich			
Empfehlung der Antragskommission:		<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung	

Antrag A29		Antragsteller: Junge Union Kreisverband Mannheim	
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen:			
Ersetze und Ergänze ab Zeile 301:			
e) Unterwegs mit dem Fernverkehr			
<ul style="list-style-type: none"> • Lärmschutz hat Priorität. Darum müssen wir bei der Modernisierung der Riedbahn von Frankfurt nach Mannheim einen maximalen Lärmschutz der Bürgerinnen und Bürger Mannheims erreichen. • Wir sind uns der wichtigen Rolle Mannheims im europäischen Fernverkehrsnetz bewusst und unterstützen die Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim und fordern eine Beschleunigung der Planungsarbeiten. 			
Begründung: Ggf. mündlich			
Empfehlung der Antragskommission:		<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung	

Antrag A30	Antragsteller: Junge Union Kreisverband Mannheim
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen:	
<p>Ersetze und Ergänze ab Zeile 310: „Die CDU-Gemeinderatsfraktion hat mit ihrem Konzept für eine autoarme Innenstadt einen guten Vorschlag unterbreitet, den die CDU insgesamt unterstützt.“ durch „Den aktuell laufenden Verkehrsversuch in der Mannheimer Innenstadt lehnt die CDU Mannheim entschieden ab. Dieser belastet den Einzelhandel auf eine unverhältnismäßig hohe Art und Weise. Durch die zahlreichen Baustellen wird der Verkehrsfluss zusätzlich stark gestört. Wir fordern den sofortigen Abbruch des Versuchs und die Wiederaufnahme zu einem geeigneten Zeitpunkt und in einer geeigneten Art und Weise. In der Zwischenzeit soll eine ausreichende Datengrundlage hinsichtlich des Verkehrs unter normalen Umständen geschaffen werden. Bei positivem Ausgang des Verkehrsversuchs soll das bereits präsentierte Konzept der CDU Mannheim für eine autoarme Innenstadt umgesetzt werden.“</p>	
Begründung:	
<p>Der aktuell laufende Verkehrsversuch sorgt für Ängste innerhalb der Unternehmerschaft, genervte Anwohner und einen stark gestörten Verkehrsfluss. Insbesondere aufgrund der zahlreichen Baustellen im Stadtgebiet ist der aktuell gewählte Zeitpunkt falsch, um einen Versuch seriös durchzuführen. Dieser muss zu einem späteren Zeitpunkt mit einer ausreichenden und soliden Referenz-Datenlage nachgeholt werden. Zudem erhoffen wir uns durch den zeitlichen Aufschub eine zwischenzeitliche Erholung des, durch die Corona-Pandemie angeschlagenen, Einzelhandels.</p>	
Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung

4. Mannheim für Familien: Potenzial für Entfaltung (Zeilen 313 bis 411)

Antrag A31	Antragsteller: Junge Union Kreisverband Mannheim
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen:	
<p>Streiche in Zeile 314: „in ihren unterschiedlichen Daseinsformen“</p>	
Begründung: Ggf. mündlich	
Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung

Antrag A32		Antragsteller: Sabine Brenner	
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen:			
Ergänze ab Zeile 314			
Einrichtung von niedrigschwelligen Beratungsstellen für Eltern.			
Begründung: Eltern scheuen sich oft bei offiziellen Stellen (Jugendamt) bei Problemen um Hilfe zu bitten. Ein niedrigschwelliges Angebot für hilfesuchende Eltern, wird frühzeitig angenommen und aufgesucht.			
Das niederschwellige Angebot, kann helfen, dass Eltern während dieser anonymen Beratung, sich schneller auf offizielle Hilfen einlassen. Das trägt zur Prävention bei, sodass frühzeitig durch entsprechende Hilfen eingegriffen werden kann.			
Empfehlung der Antragskommission:		<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung	

Antrag A33		Antragsteller: Sabine Brenner	
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen:			
Ersetze Zeile 315 „Daseinsformen“ in „Lebensformen“			
Begründung: z.B. tot oder lebendig ist eine Daseinsform.			
Lebensform, Form in der das Leben sich organisiert. Die Form zu leben			
Empfehlung der Antragskommission:		<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung	

Antrag A34		Antragsteller: Katharina Funck	
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen:			
Zeile 322: Ersetze Erziehungsberechtigte durch „Müttern und Vätern“			
Begründung:			
Geschlechtsneutrale Formulierungen wie Elternteil 1 und Elternteil 2 oder Erziehungsberechtigte statt Mutter oder Vater überlassen wir linken Sprachideologen und diese sollten sich in einem Positionspapier der CDU nicht wiederfinden. Dabei handelt es sich explizit nicht um eine Diskriminierung diverser Familien, da der Plural auch Konstellationen mit zwei Müttern oder zwei Vätern umfasst. Darüber hinaus gehen wir von der Normsituation aus und in dieser sind Mütter und/oder Väter Erziehungsberechtigte eines Kindes.			
Empfehlung der Antragskommission:		<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung	

Antrag A35	Antragsteller: Junge Union Kreisverband Mannheim
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen: Streiche in Zeile 334: „für gesunde sowie gehandicapte“	
Begründung: Kinder sind für uns Kinder. Eine explizite Kategorisierung in „gesunde“ und „gehandicapte“ Kinder erachten wir als nicht notwendig.	
Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung

Antrag A36	Antragsteller: Sabine Brenner
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen: Streiche Zeile 334 „für gesunde und gehandicapte Kinder“ ersetze durch Kinder	
Begründung: Kinder werden nicht in Kategorien eingestuft.	
Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung

Antrag A37	Antragsteller: Junge Union Kreisverband Mannheim
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen: Ersetze in Zeile 346: „Sprache ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben.“ durch „ Die deutsche Sprache ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben in unserem Land. “	
Begründung: Ggf. mündlich	
Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung

Antrag A38	Antragsteller: Sabine Brenner
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen: Ersetze Zeile 346 „Sprache ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben“ durch „deutsche Sprache“	
Begründung: Der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben und Bildung in Deutschland ist die deutsche Sprache	
Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung

Antrag A39	Antragsteller: Sabine Brenner
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen: Ersetze Zeile 346 „Sprache ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben“ durch „deutsche Sprache“	
Begründung: Der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben und Bildung in Deutschland ist die deutsche Sprache	
Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung

Antrag A40	Antragsteller: Sabine Brenner
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen:	
Ergänze ab Zeile 361 b) Schulbildung	
Hilfen für Volljährige SGB 8§41	
Institutionen sollen mehr unterstützt werden, die junge Volljährige im Übergang Schule/Beruf begleiten. Ziel ist, die jungen Volljährigen für ein selbstbestimmtes, eigenverantwortliches Leben vorzubereiten. Wir fordern die Stadt Mannheim auf, für diese Zielgruppe mehr personelle Hilfe, und adäquate Einrichtungen finanziell mehr zu unterstützen. Auch für schnellere Zugänge zu psychologischen Beratungsstellen und Therapien in diesem Zusammenhang muss die Stadt Mannheim Sorge tragen.	
Begründung:	
Viele Jugendliche sind ohne Abschluss, oder sind auf der Suche oder bei der Entscheidung ihres Berufsweges unentschlossen. Oftmals kann aus ihrem näheren Umfeld (Elternhaus) keine Unterstützung erfolgen. Für diese Jugendliche bedarf es einer intensiven Begleitung, um sie aufs Arbeitsleben und ein eigenverantwortliches Leben vorzubereiten.	
Durch Corona ist der Bedarf an psychologischer Betreuung bei Jugendlichen enorm gestiegen.	
Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung

Antrag A41	Antragsteller: Junge Union Kreisverband Mannheim
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen:	
Ersetze in Zeile 362:	
„Wir suchen nach Lösungen, mit Blick auf die zunehmende Zahl an Ganztagschulen die Kooperation zwischen Vereinen oder Jugendfördereinrichtungen vor Ort und den Schulen zu intensivieren“ durch „Wir suchen mit Blick auf die zunehmende Anzahl an Ganztagschulen und den Rechtsanspruch auf einen Ganztagsbetreuungsplatz ab 2026 nach Möglichkeiten, wie die Kooperationen zwischen Vereinen und Jugendeinrichtungen vor Ort und den Schulen intensiviert werden kann.“	
Begründung: Ggf. mündlich	
Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung

Antrag A42	Antragsteller: Junge Union Kreisverband Mannheim
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen: Streiche die Zeilen 380 bis 411	
Begründung: Der überwiegende Teil der aufgeführten Forderungen hat lediglich in zweiter Linie etwas mit dem inhaltlichen Schwerpunkt des Kapitels zu tun und beschäftigt sich beispielsweise eher mit den Themen Wohnen (Welches bereits in einem eigenen Kapitel behandelt wird), Pflege oder Freizeitgestaltung. Ferner erachten wir einen Großteil der aufgeführten Forderungen als bereits erledigt an oder sehen keinen zusätzlichen Handlungsbedarf. So gibt es bereits kostenlose Parkberechtigungen für ambulante Pflegedienste, eine ausreichende und umfassende digitale Werbung für die aufgeführten Dienstleistungen der Stadt Mannheim und eine digitale Zugänglichkeit des Flyers „Soziale Dienste“.	
Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung

Antrag A43	Antragsteller: Sabine Brenner
Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen: Streiche Zeilen 380-412	
Begründung: Themen wie Wohnen und Pflege hat in erster Linie nichts mit diesem Kapitel zu tun. Die meisten der hier aufgeführten Punkte sind erledigt und haben keinen zusätzlichen Handlungsbedarf. U.a. Parkraum für Pflegekräfte	
Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung

Weitere Änderungsanträge zum Leitantrag

Antrag A44	Antragsteller: Junge Union Gernot Wilken	Kreisverband	Mannheim
------------	------------------------------------------------	--------------	----------

Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen:

Füge ein nach Zeile 411:

Digitalisierung für Mannheim: Den digitalen Wandel gestalten

Es gehört mittlerweile zum gesellschaftlichen Konsens, dass die Digitalisierung ein erstrebenswertes Ziel ist. Und obwohl Deutschland der viertgrößte Industriestandort der Welt ist, könnte man den Eindruck gewinnen, dass wir gleichzeitig ein digitales Entwicklungsland sind. Die deutsche Politik im Allgemeinen aber auch insbesondere die Kommunen tun sich damit schwer. Daher fordern wir als CDU Mannheim konkrete Maßnahmen, um Mannheim durch die folgenden drei Forderungspakete zukunftssicher zu machen:

a) Eine digitale Infrastruktur für Mannheim

Grundvoraussetzung für die Digitalisierung ist eine digitalisierte Infrastruktur. Hier steht Deutschland in keinem guten Licht. Betroffenen ist bei weitem nicht nur der ländliche Raum – selbst in städtischen Ballungszentren müssen Bürgerinnen und Bürger aber auch Unternehmen zu Stoßzeiten dramatische Einbrüche der Internetübertragungsrate hinnehmen. Bei Unternehmen kann dies schnell zu hohen Umsatzausfällen führen. Wir fordern daher:

- Unterstützung des Breitbandausbaus durch kommunale Mittel.
- Erweiterung des kostenlosen W-LAN-Angebots auf öffentlichen Plätzen und Einrichtungen mit hoher Besucherdichte.
- Dokumentation, Auswertung und Veröffentlichung der Fortschritte durch den Fachbereich Informationstechnologie.

b) Verwaltung und Behördengänge digitalisieren

Das 2017 erlassene Onlinezugangsgesetz sah eine Verpflichtung von Bund, Länder und Gemeinden vor ihre Verwaltungsleistungen für Bürgerinnen und Bürger auch digital zur Verfügung zu stellen. Diesen Verpflichtungen sollte bis spätestens Ende 2022 Folge geleistet werden. Hier muss unbedingt nachgearbeitet werden. Die CDU Mannheim fordert deshalb, und auch aus ökonomischen und ökologischen Gründen, eine sukzessive Digitalisierung aller bestehenden Dienstleistungen des Mannheimer Bürgerservices, die nicht vollständig digital durchführbar sind oder das Ausdrucken und/oder Scannen von Formularen erfordert, seitens der Stadt Mannheim. Sollte eine Digitalisierung der entsprechenden Fachverfahren nicht möglich sein, soll die Stadt Mannheim eine stichhaltige Begründung veröffentlichen, warum eine Digitalisierung nicht möglich ist.

Neben den Behördengängen ist allerdings auch die allgemeine Kommunikation der Verwaltung mit dem Bürger problematisch. Oft wird hier aus verschiedenen Gründen der Postweg oder das Faxgerät gewählt. Wir halten das Nichtvorhandensein digitaler Alternativen für überholt.

Die Bürgerinnen und Bürger sollten die Wahl haben, wichtige Informationen der Verwaltung auch digital zu erhalten. Daher fordern wir die Etablierung einer datenschutzkonformen digitalen Kommunikationsform.

c) Innovationsmanagement etablieren,

Die Digitalisierung lebt von einem ständigen Innovationsprozess. Prozesse und Systeme, die vor 10 Jahren den Gipfel der digitalen Verwaltung darstellten, sind heute längst hinfällig und überholt. Daher fordern wir die Etablierung eines lebendigen Innovationsmanagements der Stadt Mannheim. Wir müssen hier vor allem auf zwei Hebel setzen. Zum einen fordern wir den Fachbereich Informationstechnologie für diese Aufgabe mit den entsprechenden Mitteln auszustatten. Zum anderen müssen bereits vorhandene Strukturen, Kooperationen und Mittel effizienter genutzt werden. Dazu gehört beispielsweise auch eine vertiefende Zusammenarbeit mit Hochschulen, Unternehmen, anderen kommunalen Verwaltungen im Land und Bund oder sogar die

internationale Zusammenarbeit mit Ländern, die uns in Sachen Digitalisierung einiges voraus haben. Beispielsweise findet jährlich der eGovernment-Wettbewerb statt, bei dem die besten Innovationen in Sachen digitalisierter Verwaltung gekürt werden. Als Stadt Mannheim müssen wir diese Innovationen wahrnehmen und gezielt prüfen, ob die vorgestellten Lösungen nicht auch sinnvoll für Mannheim etabliert werden könnten. Diese Prüfung muss künftig sowie der gesamte digitale Innovationsprozess in den Fachbereich Informationstechnologie fallen.

Begründung:

Die Digitalisierung trifft immer mehr Bereiche des alltäglichen Lebens. Durch die Schaffung eines neuen Kapitels, welches sich mit den Themen der Digitalisierung auseinandersetzt, möchten wir dem Leitantrag der CDU Mannheim konkrete Ideen liefern, wie Mannheim auf dem Bereich der Digitalisierung zukunftsfest wird.

Empfehlung der Antragskommission:

- Annahme in geänderter Fassung
 Erledigt
 Ablehnung

Antrag A45

Antragsteller:
Junge Union Kreisverband Mannheim

Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen:

Im Leitantrag „Der Blick nach vorne: Für ein lebenswertes Mannheim“ wird konsequent auf das Verwenden von Gendersprache verzichtet. Sofern dies nicht der Fall ist, ist der Leitantrag an der betroffenen Stelle abzuändern. Verwendet wird das generische Maskulinum oder wenn angebracht die Paarform (= Bürgerinnen und Bürger).

Begründung:

In den Zeilen 286, 289 und 306 wird von „Verkehrsteilnehmenden“ gesprochen. Das Verwenden von Gendersprache lehnen wir mit Verweis auf die Auffassung des Rats für deutsche Rechtschreibung ab.

Empfehlung der Antragskommission:

- Annahme in geänderter Fassung
 Erledigt
 Ablehnung

Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen:

Ortsverband Innenstadt/Jungbusch fordert Änderungen bzw. Ergänzungen in den Leitantrag zu übernehmen

Themenkreis: Ordnung und Sicherheit/Sauberkeit

Zu einer lebenswerten Stadt gehört auch Maßnahmen zur Aufrechterhaltung und Regelung der inneren Ordnung und Sicherheit und Sicherheit. In der letzten Zeit ist dieses Sicherheitsgefühl massiv gerade im Bereich des Wasserturms, am Neckarufer und im Bereich der Mozartschule ins Wanken geraten. Dies gilt, aber auch für andere Stadtteile. Insbesondere die Drogenszene hat im Stadtzentrum immens zugenommen, auch die Diebstahlsmentalität im maghrebinischen Umfeld hat auf das gesamte Stadtumfeld eine Zunahme erfahren. Zudem ist festzustellen, dass es mit der Sauberkeit insbesondere im Zentrum, aber auch in anderen Stadtteilen wie bspw. Jungbusch, Neckarstadt nicht besonders gut bestellt ist. Insgesamt gab es 55.000 Straftaten in Mannheim (Stand 15.03.22, SWR). Allein im Diebstahlsbereich gab es 15.448 Fälle (Stand 15.03.22). Außerdem ist eine Zunahme von Sexualdelikten zu verzeichnen. Auch E-Scooter Unfälle haben sich vermehrt und zwar mit Verletzungsfolgen insgesamt ein Anstieg von 32 Fällen 2021 auf 88 2022.

Deshalb soll zu diesem Kapitel folgendes beschlossen werden:

- Dass der Katastrophenschutz ausgebaut wird und Mannheim von den 10 Milliarden Euro die der Bund dem Land Baden-Württemberg überstellt hat ein Großteil dieser Zuwendungen zum Ausbau und Modernisierung der Infrastruktur des Katastrophenschutzes erhält. Denn gerade das Ahr-Hochwasser und die Corona-Pandemie, wie nun auch die erneute Flüchtlingskrise machen deutlich wie wichtig eine moderne Katastrophenschutz-Infrastruktur ist.
- Es sollten aufgrund der zunehmenden Banden-Kriminalität (gerade aus dem nord-westafrikanischen Gebieten) Sicherheitsräume innerhalb gesamt Mannheims geschaffen werden, dies bedeutet, dass trotz Energiemangels ein Minimum an Sicherheitsbeleuchtung ermöglicht werden sollte, der Landesparteitag in Villingen-Schwenningen hat hierzu auch eine Handreichung an die Kommunen des Landes übergeben, diese sollten umgesetzt werden.
- Eine stärkere Kooperation zwischen Polizei und Ordnungsbehörde sollte durch einen freiwilligen Ordnungsdienst ergänzt werden. Hierzu sollte eine Arbeitsgruppe unter dem 1. Bürgermeister Christian Specht aufgebaut werden, um den gestiegenen Unsicherheitsfaktoren innerhalb Mannheims gerecht werden zu können.
- Die freiwilligen Feuerwehren sollten zusätzlich von der Kommune unabhängig gefördert werden, hierzu sollte der Beteiligungshaushalt auch in Betracht gezogen, bzw. ein Fonds zur Sicherstellung der KFZ-Beschaffung der Feuerwehren konstituiert werden. Außerdem sollten die VwV Zuwendungen auch Mannheim mehr bei der Infrastruktur der Feuerwehren zu Gute kommen, der Erste Bürgermeister Christian Specht wird dahingehend aufgefordert noch mehr Initiative in diese Richtung zu entwickeln.
- Frauen sollen besser vor Ausbeutung geschützt werden, insbesondere im Bereich der Prostitution, hier soll der Kreisverband das Nordische Modell mit unterstützen, , welches eine Kombination strafrechtlicher und sozialpolitischer Maßnahmen zur Bekämpfung der Prostitution ist. Der Landesverband hat bereits beim letzten Landesparteitag dieses als notwendiges Modell postuliert hat. Es ist nicht mit dem christlichen Menschenbild vereinbar, dass Menschenhandel befördert wird und Frauen aus ökonomischer Not heraus ihren „Körper“ als „Ware“ anbieten müssen. Die Würde des Menschen ist unveräußerlich und damit auch nicht mit unseren christdemokratischen Wertekodex vereinbar.
- Eine starke Einbindung von Sozialarbeitern gerade im Bereich der Drogen- und Alkoholsuchtszene ist genauso wie die Verbindung zwischen Polizei und Ordnungsdienst stärker zu forcieren

- Es muss mit konsequenteren Bußgeldern zur Einhaltung der Sauberkeit hantiert werden, nur Abmahnungen bei weggeworfenem Müll hilft nicht
- Dies gilt auch bei der Einhaltung der Rollerbefahrung. Es sollten Geschwindigkeitsbeschränkungen beim Fahren der Roller erhoben werden, um die Sicherheit der Fußgänger zu gewährleisten. Zudem sollten Bußgelder für quergestellte Roller erhoben werden.

Themenkreis: Integration

Mannheim hat inzwischen 54% Menschen mit einem Migrationshintergrund. Hieraus ergibt sich nun die Frage, wie man jene Gesellschaftsteile integriert, zumal der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund aufgrund der Demographie noch steigen wird. Dies bedeutet auch für eine lebenswerte Stadt wie Mannheim den Menschen mit einem ausländischen Hintergrund die stärkere politische Teilhabe zu ermöglichen.

Daher soll für dieses Kapitel folgendes beschlossen werden:

- Wie der 78. Landesparteitag bereits dargelegt hat, soll eine Gastmitgliedschaft möglich gemacht werden, nach § 4 Abs. 3 Statut der CDU Deutschlands, ist es möglich, dass durch Beschluss des Kreisvorstandes dann auch Gastmitglieder vollständige Mitbestimmungsrechte erhalten, bereits in den 80er hat Helmut Kohl auch auf dieses Instrument häufig zugegriffen. Dieses Werkzeug der Mitgliederwerbung gerade im Bereich der Menschen mit einem Migrationshintergrund ist nicht nur eine politische Strategie jene Personengruppe nicht nur den linken Gruppierungen zu überlassen, sondern sie ist zugleich intensive Integrationsarbeit.
- Die Kreispartei soll jedem Individuum unabhängig seiner Rasse, Geschlecht, Religion, Alter oder seiner Behinderung die Möglichkeit der ergebnisoffenen Mitwirkung geben, darauf legt ebenfalls die Landesgeneralsekretärin der CDU Isabell Huber ausdrücklich Wert und hat dies auf dem 78. Landesparteitag als Integrations- und Inklusionsspirale bezeichnet.
- Es soll für die stärkere demokratische Wertebildung in unserer Stadtgesellschaft von unserer Kreispartei eine Art „C-Akademie“ auf kommunaler Ebene geschaffen werden um die Nachwuchsförderung im demokratischen Spektrum zu konzentrieren. Der Kreisvorstand wird dazu aufgefordert zusammen mit der Jungen Union dahingehend Vorschläge einer demokratischen Arbeitsgrundlage zu erarbeiten und vorzulegen.

Themenkreis: Ehrenamt

Genauso wie Sicherheit und Ordnung mit dem Thema Integration einhergehen so geht auch das Thema Ehrenamt auf kommunaler Ebene mit diesen Themenkomplexen konform.

Vereine, ehrenamtliches Engagement und Feste sind notwendig, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt sicherzustellen. Mit Veranstaltungen dieser Art besteht die Möglichkeit, dass sich Menschen treffen und austauschen können. Gerade bei jungen Menschen besteht ein Bedürfnis gemeinsam feiern zu können. Für viele Menschen ist die Möglichkeit privat eine Feier zu organisieren weder räumlich, finanziell noch logistisch möglich. Daher ist es wichtig, dass auch in den Mannheimer Vororten zumindest einmal im Jahr ein zentrales Fest wie z.B. eine Kerwe oder ein Straßenfest durchgeführt werden kann.

Viele Ehrenamtliche beklagen eine ausufernde Regelungs- und Kostenflut bei der Planung und Durchführung von Großveranstaltungen. Dies hat z.B. dazu geführt, dass es in 2023 keinen Fastnachtsumzug in Mannheim gibt oder in Seckenheim kein Straßenfest mehr gefeiert wird und auch die dortige Kerwe für die Zukunft fraglich ist.

In den Umlandgemeinden wird z.B. die Kerwe von den dortigen Stadt- oder Gemeindeverwaltungen zentral geplant. Teilnehmende Vereine zahlen für diese Dienstleitung lediglich einen Kostenbeitrag und müssen sich ansonsten nur um ihren eigenen Stand kümmern

Daher soll zu diesem Kapitel folgendes beschlossen werden:

- Es soll ein Fonds für das allgemeine Ehrenamt zur Aufwandsentschädigung eingerichtet werden, wie dies einmal von Gerhard Stratthaus 2002/2003 vorgesehen war. Der Erste Bürgermeister Christian Specht wird aufgefordert hierzu Vorschläge zu erarbeiten.

Im Rahmen des Stadtmarketing und der Tourismus- und Wirtschaftsförderung sollte daher in der Stadtverwaltung eine Stelle geschaffen werden, die zusammen mit den örtlichen Vereinen Feste plant und vorbereitet. Ziel sollte es dabei sein, dass jeder Vorort mit Unterstützung der Stadtverwaltung einmal im Jahr ein zentrales Fest feiern kann.

Begründung:

Empfehlung der Antragskommission:

- Annahme in geänderter Fassung
 Erledigt
 Ablehnung

B. Sonstige Anträge

Antrag B1

Antragsteller: Tobias Fritz, Ortsverband Rheinau/Pfingstberg

Der Kreisparteitag der CDU Mannheim möge beschließen:

Die CDU Mannheim setzt unter Beteiligung aller Ortsverbände und Vereinigungen eine eigene **Zukunfts-Kommission** ein, um den Beschluss über den Leitantrag des 78. Landesparteitages der CDU Baden-Württemberg am 15. Oktober 2022 in Villingen-Schwenningen für die CDU Mannheim umzusetzen und die Zukunft der CDU Mannheim mitzugestalten.

Begründung:

Die CDU Baden-Württemberg stellt im Leitantrag des 78. Landesparteitages „**Miteinander.Zukunft.Machen.**“ fest, dass die Ergebnisse der letzten Wahlen in Land und Bund deutlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind. Vor diesem Hintergrund wurde eine **Zukunfts-Kommission** eingesetzt, um einen offenen Aufarbeitungs- und Erneuerungsprozess zu beginnen.

Nicht nur der Prozess der Zukunfts-Kommission auf Landesebene hat deutlich gemacht, dass unsere Partei vor enormen Herausforderungen steht. Der Trend sinkender Mitgliederzahlen setzt sich unverändert fort, der Frauenanteil in der Partei ist weiter ausbaufähig. Wir schaffen es zudem zu wenig, junge Menschen zu gewinnen, wodurch das Durchschnittsalter unserer Parteimitglieder weiter steigt. Dadurch brechen zunehmend gewachsene Strukturen in der Fläche weg.

Diese Feststellungen gelten sämtlich auch für die CDU Mannheim.

Derzeit stellt die CDU Mannheim **weder einen eigenen Landtags- noch einen eigenen Bundestagsabgeordneten**. Bei der letzten Landtagswahl im vergangenen Jahr erreichte die CDU in Mannheim ein Ergebnis von 16,09%. In keinem Stadtteil wurde eine Mehrheit erreicht. Nicht nur im Vergleich zu dem im Land Baden-Württemberg insgesamt erreichten Ergebnis von 24,1% ist das ein enttäuschendes Ergebnis. Am 18. Juni 2023 steht die Oberbürgermeisterwahl an. Derzeit ist nicht bekannt (zumindest dem Antragsteller nicht), wie sich die CDU Mannheim personell positioniert. **Und uns allen ist bewusst: Nach der Wahl ist vor der Wahl. In den kommenden Jahren stehen wieder Wahlen auf Bundes- und Landesebene sowie Gemeinderatswahlen an.**

Vor diesem Hintergrund ist es **dringend erforderlich, auch in der CDU Mannheim einen – teilweise schon eingeleiteten – offenen Aufarbeitungs- und Erneuerungsprozess zu beginnen bzw. fortzusetzen.**

Dieser Antrag richtet sich daher auf eine Beschlussfassung, welche die Einrichtung einer **Zukunfts-Kommission für die CDU Mannheim** vorsieht.

Moderne Parteiarbeit lebt von der **Beteiligung der Parteimitglieder**, von ihren **Ideen, Meinungen und Vorstellungen**. Dabei ist es den **einzelnen Mitgliedern** ein großes Anliegen, sich **aktiv einzubringen, gehört zu werden und getroffene Entscheidungen der Partei nachvollziehen** zu können.

Der auf dem Kreisparteitag der CDU Mannheim diskutierte und durch Arbeitsgruppen erarbeitete **Leitantrag** kann aus Sicht des Antragstellers **lediglich ein Anfang dieses Entwicklungsprozesses** sein.

Neben den im Antrag diskutierten Themen ist es **unabdingbar**, dass sich die CDU Mannheim auch zu Fragen eindeutig positioniert, welche die Menschen in unserer Stadt tagtäglich bewegen, auch wenn teilweise Landes- und Bundespolitik betroffen sind.

Zentral dürfte beispielsweise, neben den für jede Großstadt zentralen Fragen der Weiterentwicklung der Stadtteile, der Innenstadt, des Wohnumfeldes etc. derzeit die Frage sein, wie mit den **steigenden Energiekosten** in den kommenden Wintern umgegangen wird. Diese Frage betrifft **nicht nur Unternehmen** in unserer Stadt (wie können beispielsweise Bäckereien, Metzgereien etc. gewinnbringend weiterbetrieben werden?), sondern **auch Familien und Bürgerinnen und Bürger, die kein Einkommen beziehen, das eine Steigerung der Energiekosten problemlos abdeckt**.

Hier kann die CDU Mannheim Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger **unterstützen**, indem über **Hilfen des Landes (aktuelles Hilfsprogramm wird des Landes, welches durch die CDU Baden-Württemberg entwickelt wurde, steht unmittelbar bevor)** und des Bundes **aktiv aufgeklärt und informiert** wird.

Die Bürgerinnen und Bürger in Mannheim sollten die CDU wieder als **starken Partner** an ihrer Seite sehen.

Bei den zentralen Themen ist es wichtig, ein **klares Profil der CDU Mannheim** zu entwickeln, welches auch eine **starke Außenwirkung** mit sich bringt. Der **Kerngedanke christlich-demokratischer Politik** ist wieder in den Vordergrund zu rücken. Für uns Christdemokraten sind der **gesellschaftliche Zusammenhalt** und ein **gutes Miteinander** seit jeher eine Verpflichtung ersten Ranges.

Diese Gedanken tragen wir als echte Mitglieder-Volkspartei auch als CDU Mannheim in die Fläche des Landes.

Nicht zuletzt die Oberbürgermeisterwahl in Heidelberg hat gezeigt, dass ein starkes Wahlergebnis, insbesondere auf kommunaler Ebene, aber auch von **starken Persönlichkeiten** abhängt. Die steigende Zustimmung für die CDU Baden-Württemberg (aktuelle Umfragen) hängt nicht zuletzt mit einem herausragenden Fraktionsvorsitzenden Manuel Hagel zusammen, der nach Ministerpräsident Kretschmann laut einer aktuellen Umfrage auf Platz zwei der beliebtesten Politiker im Land liegt.

Eine **Zukunfts-Kommission**, an der **alle Ortsverbände und Vereinigungen beteiligt** sind, könnte herausbreiten, **welche Personen in der CDU Mannheim für welche Aufgaben geeignet und auch dazu bereit** sind, Verantwortung zu übernehmen. Es ist auch sinnvoll, **bereits frühzeitig**, abzustecken, **wer welche Aufgaben übernehmen könnte und welche Personen für welche Wahl als Kandidatinnen und Kandidaten geeignet** sind. Hierzu gehört zum Beispiel auch, dass wir **Interessen, Präferenzen und besondere Fähigkeiten der Mitglieder der CDU Mannheim erfassen**, sodass wir sie **zielgenau nach ihren Bedürfnissen informieren und in unsere Arbeit konkret einbinden können**. Einer möglichen Findungskommission, würde hierdurch die Arbeit vor einem Wahlkampf erheblich erleichtert werden. Die **CDU Mannheim** hat diese **starken Persönlichkeiten** bereits. **Eine Zukunfts-Kommission könnte diese starken Kräfte bündeln**.

Die Einführung einer **Zukunfts-Kommission** der CDU Mannheim würde auch für die **Außenwirkung ein starkes Zeichen** setzen: Die CDU Mannheim setzt sich **aktiv** mit den Sorgen und Problemen der Bürgerinnen und Bürgern auseinander, beschäftigt sich **bereits jetzt** (und nicht erst zum Zeitpunkt der einzelnen Wahlkämpfe) **mit zentralen Themen** und **auch mit sich selbst**. Die CDU Mannheim hat – vor dem Hintergrund der letzten Wahlergebnisse und der aktuellen Herausforderungen – erkannt, dass **erhebliche Verbesserungspotentiale** bestehen und möchte diese – unter Beteiligung aller Ortsverbände und Vereinigungen – **also miteinander**, angehen und ausschöpfen.

Zum konkreten Antrag:

Wie könnte eine solche Zukunfts-Kommission der CDU Mannheim konkret ausgestaltet werden und welche Aufgabengebiete könnte die Zukunfts-Kommission abdecken?

- Aus jedem Ortsverband und aus jeder Vereinigung werden ein bis zwei Vertreter in die Zukunfts-Kommission der CDU Mannheim entsandt, welche sich regelmäßig trifft und sich zu den relevanten Themenfeldern (und auch darüber hinaus) austauscht.
- Als Grundlage für ein Aufgabengebiet der Zukunfts-Kommission der CDU Mannheim dient der Beschluss über den Leitantrag des 78. Landesparteitages der CDU Baden-Württemberg vom 15. Oktober 2022 in Villingen-Schwenningen.
- Das Miteinander steht auch bei der Zukunfts-Kommission der CDU Mannheim im Vordergrund. Gemeinsam entwickeln wir die CDU Mannheim weiter, verbessern unsere Stärken und Arbeiten an unseren Defiziten. Hierfür nutzen wir die in der CDU Mannheim vorhandene Expertise. Es werden nicht nur zu zentralen Themen Positionierungen entwickelt, sondern zu jedem einzelnen Thema, das die Bürgerinnen und Bürger in Mannheim bewegt. Die Zukunfts-Kommission unterstützt die CDU Mannheim, sich thematisch breit und detailreich aufzustellen und frühzeitig die richtigen Weichen zu stellen. Dabei hat die Zukunfts-Kommission der CDU Mannheim auch die Wahlen in den kommenden Jahren und etwaige Kandidatinnen und Kandidaten im Blick. Prozesse und Arbeitsweisen werden überdacht, um die CDU Mannheim dabei zu unterstützen, eine neue Stärke zu entwickeln.
- Die Zukunfts-Kommission der CDU Mannheim beschäftigt sich zudem mit der Weiterentwicklung der Digitalisierung und der kommunalen Parteiarbeit. Hierbei nimmt sie eine noch schnellere und unmittelbarere Kommunikation in den Blick. Mitglieder werden dadurch noch direkter und umfassender in die Parteiarbeit eingebunden. Die Möglichkeiten von digitalen Beteiligungsformaten und Veranstaltungen soll über die Zukunfts-Kommission der CDU Mannheim weiter ausgebaut werden. Dies ermöglicht auch mehr Transparenz und einfachere Beteiligung der einzelnen Mitglieder der CDU Mannheim.
- Die Zukunfts-Kommission der CDU Mannheim setzt sich mit der über die CDU Baden-Württemberg eingesetzten Anlaufstelle für Kommunalpolitik in Verbindung und steht mit dieser in regelmäßigem Austausch. In diesem Austausch wird geprüft, welche Hilfen und Unterstützungen die CDU Baden-Württemberg für die CDU Mannheim bieten kann.
- Die Zukunfts-Kommission der CDU Mannheim erfasst Interessen, Präferenzen und besondere Fähigkeiten der Mitglieder der CDU Mannheim, sodass diese zielgenau nach ihren Bedürfnissen informiert und in die Arbeit der CDU Mannheim konkret eingebunden werden können. Zudem untersucht die Zukunfts-Kommission der CDU Mannheim, ob es im Bereich des Mitglieder-managements (Ein- und Austritte) Handlungsbedarf gibt und inwieweit die Initiative der CDU Baden-Württemberg (Flyer für Neumitglieder, verbindlicher Leitfaden für Ein- und Austritte) auf die CDU Mannheim zu übertragen ist.
- Um sowohl schlagkräftige als auch zielgerichtete Kampagnen zu entwickeln und umzusetzen, will die CDU Baden-Württemberg die Kampagnenfähigkeit der Partei erhöhen. Deshalb sollen dauerhafte, interaktive Kampagnen sowohl im digitalen als auch im analogen Raum etabliert werden. Auch zwischen Wahlen sollen verstärkt verschiedene Kampagnenelemente umgesetzt werden. Die Zukunfts-Kommission der CDU Mannheim steht mit der CDU Baden-Württemberg diesbezüglich in Verbindung und tauscht sich dazu aus, welche Kampagnen für die CDU Mannheim besonders relevant sind und welche Kampagnen durch die CDU Mannheim selbst entwickelt werden können.

Empfehlung der Antragskommission:

- Annahme in geänderter Fassung
- Erledigt
- Ablehnung